

Ministerpräsident Rhein plant Reise in die USA

WIESBADEN (dpa). Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) will im Laufe des gerade begonnenen Jahres die USA besuchen. „2026 wird nicht nur Hessen 80 Jahre alt, was wir groß feiern wollen, sondern wir begehen auch das 50-Jahre-Jubiläum unserer Partnerschaft mit dem US-Bundesstaat Wisconsin“, sagte der Regierungschef in Wiesbaden. „Wir in Hessen haben eine besondere Beziehung zu den Vereinigten Staaten, wir sind das amerikanischste Bundesland in Deutschland, wir haben viele amerikanische Soldaten mit ihren Familien hier, in Frankfurt steht das weltweit größte US-Generalkonsulat“, ergänzte Rhein.

„Gesprächskanäle in die USA offenhalten“

Mit Blick auf den umstrittenen US-Präsidenten Donald Trump sagte der hessische Ministerpräsident: „Wir sind Wertepartner, da spielt es praktisch kaum eine Rolle, wer in den USA regiert. Wir haben gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte.“ Hessen habe nicht vergessen, „wie die Amerikaner uns in vielerlei Hinsicht nach dem Zweiten Weltkrieg und in jüngerer Vergangenheit unterstützt haben“. Deshalb sei es ihm „sehr wichtig, die Gesprächskanäle in die USA offenzuhalten, insbesondere auch dann, wenn die politischen Verhältnisse dort nicht so einfach sind“, sagte Rhein.

Er finde es großartig, „dass wir bei wichtigen Anlässen mit Vertretern der USA oft die amerikanische Flagge hissen, beispielsweise auf dem Hessestag, und dann die amerikanische und die deutsche Nationalhymne singen“, ergänzte der Ministerpräsident. Er betonte auch die historischen Verbindungen: „Es war übrigens ein amerikanischer Befehl, auf den hin Hessen vor acht Jahrzehnten gegründet worden ist. Auch deswegen verbindet uns viel“, sagte Rhein.

Gespür für Innovationen

Wie Ulrich Keilmann vom Hessischen Rechnungshof die kommunale Finanzkrise in den Griff bekommen will

Von Sascha Kircher

DARMSTADT. Wer mit Ulrich Keilmann spricht, hat mehrere Jahrzehnte Finanzkompetenz vor sich. Der Groß-Gerauer kümmerte sich in Bonn um den Aufbau Ost, später in Brüssel um die Finanzen der Nato, anschließend um die rheinland-pfälzischen Landesfinanzen und wechselte 2009 wieder nach Hessen, um in Wiesbaden Konjunkturprogramme und Schutzschirm zu verantworten und im Rechnungshof in Darmstadt das Programm „Hessenkasse“ zu begleiten. Kurz: Keilmann kennt sich aus. Zudem macht dem promovierten Juristen sein Job als Leiter der Abteilung „Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften“ so viel Freude, dass er ein gutes Jahr vor seiner Pensionierung noch viele Ideen entwickelt. Die ob ihrer Innovationskraft nicht allen gefallen.

„Wir denken noch zu oft in Geld und Personal“

Explodierende Sozialausgaben, etwa für die Pflege, sind Keilmann bestens vertraut. Immerhin publiziert der Mann mit dem imposanten Schnurrbart und den wachen Augen, der nebenbei Lehraufträge in Speyer und Mainz hat, regelmäßig zu spannenden Themen wie Kommunal финанzen. Außerdem ist er maßgeblich am jährlichen Bericht des Rechnungshofes beteiligt, den 2025 erstmals der neue Präsident Uwe Becker vorstellte.

Dass Bund und Land momentan die Kommunen großzügig mit Finanzmitteln bedenken, beklagt der 65-Jährige. „Ich habe schon den Eindruck, dafür noch zu oft in Geld und Personal“, kritisiert Keilmann. Geld, das mitunter nicht abfließt, und Personal, das man wöglichlich nicht brauche, wenn Prozesse schlanker und schneller würden – vor allem durch Digitalisierung, und damit sei nicht gemeint, „Papier unter Strom zu setzen“, wie es noch zu häufig geschehe. Das sei auch angesichts des demografi-



Keine Denkverbote: Ulrich Keilmann, der Kopf hinter dem jährlichen Bericht des Hessischen Rechnungshofes, äußert sich zu Gemeindefusionen und kommunalen Dienstleistungszentren. Foto: Guido Schiek

schen Wandels und des daraus folgenden Fachkräftemangels unerlässlich.

„Die Verwaltung muss vernetzter arbeiten und flexibler werden, sich immer weiter optimieren“, sagt Keilmann. Und als Arbeitgeber attraktiver werden. „Wir brauchen eine „Aufbruchstimmung!“ Was in der Privatwirtschaft längst als Selbstverständlichkeit gilt, sei in der Verwaltung noch nicht überall angekommen, beklagt der 65-Jährige. „Ich habe schon den Eindruck, dafür noch werben zu müssen“, sagt Keilmann nachdenklich.

Welche Kommunen fusionieren sollten

Dabei gebe es Beispiele dafür, dass man vorankomme – etwa das Pilotprojekt des Finanzamts Kassel mit automatisierten Steuerbescheiden. „So muss Verwaltung handeln“,

lobt Keilmann, seine Augen leuchten wieder. Administration habe eine „dienende Aufgabe“, da müsse sich mancher „intellektuell umstellen“.

Als Zumutung betrachten manche, was Rechnungshof-Präsident Becker jüngst forderte: Kommunen von bestimmter Größe müssten fusionieren, um handlungsfähig zu bleiben und ihre Aufgaben weiter erfüllen zu können. Man kann sich denken, dass Keilmann hinter der Idee steckt. Für Kommunen von bis zu 8.000 Einwohnern hält er Fusionen für angebracht, ansonsten werde die Quote von Verwaltungsmitarbeitern pro 1.000 Einwohnern zu groß.

Fusionen dürften nicht von oben aufgezwungen werden – wie im Fall der mittelhessischen Stadt Lahn, die 1977 aus einer Fusion hervorging und nach zweieinhalb Jahren wieder aufgelöst wurde. Keilmann

hat Verständnis dafür, „dass es für betroffene Bürger nicht einfach ist“. Widerspruch kam prompt vom Städtetag, der „Ängste und Sorgen“ ins Spiel brachte. Beim Verband der kommunalen Wahlbeamten bemühte man gar ein Marx-Zitat: „Ein Gespenst namens Fusion geht um in Hessen.“

Die – freiwilligen – Zusammenlegungen seien freilich nicht das „allein seligmachende“ Mittel. Keilmann schweben Interkommunale Zusammenarbeiten vor, die mitunter schon gut funktionierten. So habe sich die Hochtaunus-Gemeinde Glashütten selbstständig nach einem Partner für gemeinsame Jahresabschlüsse umgeschaut und mit der Stadt Usingen den passenden gefunden. Weil beide dieselbe Software benutzten. Dabei sei es egal, ob ein Partner in Nord- oder andere in Südhessen sitze. Denken nach Landkreisen oder

geografischer Nachbarschaft sei überholt. „Da müssen wir hinkommen“, lobt Keilmann.

Für die aufwendige und komplexe Personalabrechnung kann sich der Experte ein kommunales Dienstleistungszentrum vorstellen, das die Aufgabe zentral erledige. „Warum muss jede Kommune einen Experten dafür vorhalten?“, fragt Keilmann. Personalersparnis, Wissensbündelung, Transparenz: Für ihn gebe es nur Pro Argumente. Damit bekomme kommunale Verwaltung mehr Gestaltungsfreiheit. „Dann macht auch der Bürgermeisterjob wieder Spaß!“

„Man muss es einfach machen“, hat Keilmann als Tipp. Und den Glauben noch nicht verloren, dass der Durchbruch in Hessen bis zu seiner Pensionierung gelingen könne. Denn: „Die zunächst billigste Lösung, erstmal nichts zu machen, wird später meist richtig teuer!“

„Digitalzwang wird Problem der Gesellschaft“

WIESBADEN (dpa). Der hessische Datenschutzbeauftragte Alexander Roßnagel beklagt einen wachsenden Digitalzwang bei wichtigen Dingen des täglichen Lebens wie Parken oder Arztbesuchen. Die digitale Barrierefreiheit werde oft nicht ausreichend berücksichtigt. „Digitalisierung kann viele Prozesse effektiver, effizienter und transparenter machen“, bekräftigte der Experte. Die Probleme, die durch Digitalisierung für bestimmte Menschen entstehen, würden jedoch oft nicht berücksichtigt.

Statistiken zufolge haben in Deutschland bis zu fünf Prozent der Erwachsenen keinen Internetanschluss und kein E-Mail-Postfach, wie der Datenschützer erläuterte. Rund 18 Prozent besitzen demnach kein Smartphone. Dies seien insbesondere ältere oder auch geistig und körperlich eingeschränkte Menschen. Viele hätten auch keine Unterstützung aus dem Umfeld.

Arzttermine und Parktickets oft nicht mehr ohne App

„Dies wird ein gesellschaftliches Problem bleiben“, mahnte Roßnagel. „Die jeweils nächste Entwicklungsstufe der IT wird immer auch die jeweils nächste Generation überfordern“, erläuterte er. Als Beispiel für digitale Diskriminierung nannte der Datenschützer, dass Parkgebühren immer öfter nur noch per App bezahlt werden könnten. „Menschen ohne Smartphone können nicht mehr parken“, sagt er. Auch die Erreichbarkeit der Ärzte per Telefon habe deutlich abgenommen. Gerade bei Spezialisten komme es vor, dass Termine nur noch digital vereinbart werden könnten, kritisiert Roßnagel.

Senioren decken Schwindel auf

VELLMAR (dpa). Die Polizei in Nordhessen warnt vor einer raffinierten Betrugsmasche. Unbekannte gaben sich demnach in Vellmar (Landkreis Kassel) als Bankmitarbeiter aus und erbeuteten von einem Rentnerhepaar zwei EC-Karten. Die Senioren hätten den Schwindel aber noch rechtzeitig erkannt und die Karten sperren lassen, hieß es in einer Mitteilung. Die Täter hätten so glücklicherweise keinen Schaden anrichten können.

Gruppe attackiert Rettungswagen

FRANKFURT (dpa). Nach dem Angriff auf einen Rettungswagen in der Silvesternacht in Frankfurt bittet die Polizei jetzt die Bevölkerung um Hilfe. Bei dem Angriff war ein Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) verletzt worden. Nach Angaben der Feuerwehr war der Rettungswagen kurz nach Mitternacht mit Blaulicht unterwegs zu einem Einsatz, als eine Gruppe in der Nähe des Eisernen Stegs das Fahrzeug am Weiterfahren hinderte. Die Männer wollten erzwingen, dass eine verletzte Frau zuerst behandelt wird, und verschafften sich gewaltsamen Zugang zum Behandlungsraum des Fahrzeugs. Dabei beschädigten die Angreifer das Fahrzeug, rissen Spiegel und Nummernschild ab. Nachdem sie in den Wagen eingedrungen waren, legten sie die bewusstlose Frau auf der Behandlungsliege ab. Die Rettungskräfte führen die verletzte Frau letztlich mit dem beschädigten Fahrzeug ins Krankenhaus – und wurden dabei mit Pyrotechnik beschossen.

Die leise Rückkehr des Fischotters

Es ist eine kaum bemerkte Erfolgsgeschichte, die sich an Hessens Flüssen und Bächen abspielt / Ein alter Bewohner findet sein Zuhause wieder

Von Michael Bauer

ECHZELL/GIESSEN. Die Rückkehr des Fischotters nach Hessen schreitet voran – langsam, aber stetig. Seit den ersten Nachweisen im Jahr 2013 lässt sich eine allmähliche Ausbreitung der Art beobachten – auch wenn die Bestände in Hessen noch klein und teils isoliert sind.

Aktuell schätzen Fachleute den Bestand auf 20 bis 30 Tiere – etwas mehr als 2019. Sein Bestand gilt weiter als gefährdet, wie Otterexpertin Inga Hundertmark erklärte. „Ohne den Zustrom von außen wäre der Otterbestand in Hessen wohl kaum stabil“, sagte die Vorsitzende der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON).

Denn Otter (*Lutra lutra*) sind Wanderer: Sie bewegen sich vor allem entlang von Flüssen, können aber auch größere Strecken an Land zurücklegen, immer auf der Suche nach Nahrung und sicheren Rückzugsorten.

„Der Fischotter gehört als heimische Art einfach in unser Ökosystem“, sagte Hundertmark zu der Rückkehr der Art. Mitte des 20. Jahrhunderts war der Bestand in Hessen erloschen – Opfer von Jagd, Gewässerverschmutzung und der Zer-

störung von Lebensräumen. Nun sind es vor allem Zuwanderer aus Thüringen, Sachsen und Bayern, die Hessen wieder besiedeln.

Ein Fischotter frisst laut Hundertmark rund ein Kilogramm Fisch pro Tag. Er ist aber kein reiner Fischjäger: Je nach Jahreszeit stehen auch Amphibien, Krebse oder kleine Säugetiere auf dem Speiseplan. Als sogenannter Spitzenprädatör hält er das ökologische Gleichgewicht in Fließgewässern aufrecht – indem er schwache oder kranke Tiere aus der Population entfernt.

Kaum Fett und ein dichtes Fell

Otter haben fast kein Körperfett und sind auf konstante Nahrung angewiesen. Ihr dichtes Fell – das dichteste aller europäischen Säugetiere – schützt sie im Winter vor Kälte, erklärte die Naturschützerin.

Dass sich der Otter überhaupt wieder ansiedeln kann, ist nach ihrer Ansicht ein gutes Zeichen. „Seine Rückkehr zeigt, dass sich die Lebensräume verbessert haben“, sagte Hundertmark. Saubere Gewässer, strukturreiche Ufer mit überhängenden Wurzeln und dichter Vegetation bieten ihm Schutz beim



Fischotter sind in der freien Natur – auch aufgrund ihrer scheuen Lebensweise – nur selten zu sehen. Dieses Exemplar schwimmt im Wildpark Schorfheide in Brandenburg. Archivfoto: Patrick Pleul/dpa

Jagen und Ruhen. Der Fischotter profitiere besonders von Renaturierungsmaßnahmen im Rahmen von Programmen wie „100 Wilde Bäche für Hessen“ und der Wasserrahmenrichtlinie, die Gewässer und Ufer naturnäher gestalte, erklärte Irene Glatzle vom Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG).

Schutzprojekte wie „Deutschland wieder Otterland“, das in Hessen von der HGON umgesetzt werde, förderten Lebensräume des Otters – etwa indem unter anderem Uferstreifen angelegt würden.

Trotz seiner scheuen Lebensweise hat das Tier mit dem glänzenden Fell und den wachsenden Augen viele Fans. „Die

Menschen empfinden ihn als niedlich, das hilft uns im Naturschutz enorm“, erklärte Hundertmark. Wer dem Otter wirklich helfen wolle, solle Rücksicht nehmen: Spaziergänger – besonders mit Hunden – sollten Ufer meiden, an denen sich die Tiere zurückziehen. Auch Beobachtungen können wertvoll sein: Wer Otter oder ihre Spu-

ren entdeckt, kann sie mit Foto an die HGON oder das HLNUG melden.

Während in anderen Regionen Deutschlands die Existenz von Ottern Konflikte mit Fischzüchtern oder Anglern ausgelöst hat, ist es in Hessen bislang ruhig geblieben. „Bisher sind in Hessen keine entsprechenden Interessenkonflikte bekannt“, erklärte Glatzle. Auch in von Fischzuchtbetrieben genutzten Gebieten sei eine Koexistenz mit dem Otter durchaus möglich. „In Bundesländern wie Brandenburg, in denen der Fischotter nie ausgestorben war, ist das die Normalität.“

Auch Hundertmark sind in Hessen keine nennenswerten Probleme wegen der Rückkehr des Otters bekannt. „Studien aus Thüringen zeigen zudem, dass der Einfluss des Otters auf natürliche Fischbestände gering ist – und die Teichwirtschaft spielt hierzulande ohnehin nur eine untergeordnete Rolle.“ Nach Einschätzung des HLNUG sind ernsthafte Konflikte mit Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Straßenbau in Hessen nicht zu erwarten. Umgekehrt könnten land- und wasserwirtschaftliche Aktivitäten sowie das dichte Straßennetz den Fischotter beeinträchtigen.